Nr. 403 Abend-Ausgabe
B 199

Berlin

Mittwoch, 26 August 1925
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

10 Pfennig

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660

Conrad von Hoetzendorff ✝

Im 73. Lebensjahr

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

kl **Wien**, 26. August

Feldmarschall Franz Baron Conrad v. Hotzendorff ist gestern abend im 73. Lebensjahr in Bad Mergentheim, wo er zur Kur weilte, verschieden.

Feldmarschall Conrad war mit der Ausarbeitung des 5. und letzten Bandes seiner Denkwürdigkeiten beschäftigt, den er bis Ende August zu beenden hoffte. Trotz seines ernsten Gesundheitszustandes hat er unermüdlich an seinem Werke über den Weltkrieg weiter gearbeitet, das unstreitig in der großen Memoirenliteratur der letzten Zeit einen wichtigen Platz einnimmt. Ursprünglich hatte der Feldmarschall es abgelehnt, seine Erinnerungen niederzuschreiben. Er hatte sich nach dem Zusammenbruch vollständig von jeder öffentlichen Betätigung zurückgezogen und hat wiederholt erklärt, daß es für einen geschlagenen Feldherrn das würdigste sei, in der Stille sein Leben zu beschließen. Er war ein Mann einfachster Art und war auch jenen, die ihm einen sehr großen Anteil an der Kriegsverantwortung beimaßen, persönlich sympathisch, weil er diese Verantwortung niemals ablehnte, sondern für seine Idee voll eintrat.

Erst allmählich gab er dem Drängen seiner früheren Kriegskameraden nach, das österreichische militärisch-politische Kriegswerk zu schreiben. Er schrieb es ohne persönlichen Ehrgeiz, aber erfüllt von hohem Pflichtgefühl und in dem dringenden Bedürfnis, nur das zu sagen, was er für Wahrheit hielt, ohne Gehässigkeit, aber auch ohne jede Schonung weder für sich selbst noch für andere.

Mit nur wenigen Mitarbeitern rekonstruierte er die Geschichte der militärischen und politischen Vorbereitungen, welche zu dem nach seiner Auffassung unvermeidlichen Kriege auf dem Balkan und gegen Italien führte. Seine Anklagen gehen insbesondere gegen die Leiter der Ballhauspolitik, welche sich den nach seinen Ansichten notwendigen Richtungen widersetzten und trotzdem eine Politik trieben, die in die von Conrad befürchtete Konflagration hinauslief. In seinem Werke hat er rund heraus erklärt, daß er wiederholt von Kaiser Franz Josef den Präventivkrieg gegen Serbien und auch Italien als unabweisbare Notwendigkeit gefordert habe.

Geistig war er dem deutschen Generalstabschef, dem zweiten Moltke, bedeutend überlegen, und im ersten Band seiner Erinnerungen werden als die hervorragendsten Dokumente für die Geschichtsschreiber des Weltkrieges jene Depeschen und Noten verbleiben, in denen er Moltkes und Wilhelms II. Eitelkeit aufzuschüren wußte, daß für den Fall einer Kriegsdrohung der große deutsche Rüstungsapparat in österreichische Dienste gestellt war.

Nachher hatte sich Conrad den Vorwurf zu machen, daß die Eitelkeit Moltkes nur einer Selbstüberschätzung gleichkam, und daß die Schlachten im Westen nicht in den wenigen Tagen geschlagen werden konnten, die Conrad als Maximum für die großartige deutsche Kriegskunst suggeriert hatte. Daher auch die scharfe Kritik, welche Conrad gegen die deutsche Heerführung erhob, die entgegen dem ursprünglichen, von beiden Generalstäben aufgestellten Plan dann im Osten nicht die entsprechende Heermacht dem österreichischen Bundesgenossen zur Verfügung stellen konnte.

Der jetzige Band, den Conrad unter der Feder hatte, enthält die allerschwersten Angriffe Conrads gegen Ludendorff, der auch entsprechend seiner persönlichen Veranlagung sehr oft unnötig den Stolz der österreichischen Militärs gekränkt hat.

Obwohl Conrad seit Kriegsende nicht mehr in der Oeffentlichkeit gesehen war, ist ihm die Achtung in weiten Kreisen erhalten geblieben, so daß auch sein Tod mehr als der irgendeines anderen Großen der vergangenen kaiserlichen Zeit berühren wird. In seinem Testament hat er den Wunsch ausgesprochen, an der Seite seines im Kriege gefallenen Sohnes in Wiener-Neustadt begraben zu werden.

Conrads innere Ueberzeugung ging wohl dahin, daß das neue Oesterreich zum Anschluß an Deutschland kommen müsse, und wenn er für diesen Gedanken nach außen hin nicht eintrat, so deshalb, weil er sich als Diener der alten Monarchie nicht für geeignet hielt, das deutsche Herz hier laut sprechen zu lassen.

(Siehe auch dritte Seite)

Morgen Veröffentlichung der Note

Die Antwortnote Briands wird schon morgen früh im Wortlaut veröffentlicht werden. Ursprünglich war, wie man weiß, der Freitag als Termin vereinbart worden. Die Pariser Blätter wußten aber schon gestern abend zu melden, daß man sich am Quai d'Orsay zu einer früheren Verlautbarung am Donnerstag morgen entschlossen habe. Man hatte es aber nicht für notwendig gehalten, mindestens ebenso rechtzeitig wie die Pariser Redaktionen auch das Auswärtige Amt in Berlin zu verständigen, so daß von Berlin aus erst auf Grund der Pariser Blättermeldungen Rückfragen gestellt werden mußten.

Das Reichskabinett hat heute die Beratung der Briand-Note und auch die der Maßnahmen zu einer Preissenkung fortgesetzt.

*

Von völkischer Seite sind vertrauliche Verhandlungen deutschnationaler Organisationen enthüllt worden, die nicht nur die Deutschnationale Partei ernsthaft kompromittieren, sondern auch den übrigen Parteien, die hinter der Regierung stehen, die Pflicht auferlegen, durch eine restlose Klärung zu verhindern, daß die deutschnationale Doppelzüngigkeit den Kredit der gesamten Reichsregierung erschüttert.

Die völkische Enthüllung, die auf ein Zusammenwirken mit den völkischen Kreisen der Deutschnationalen Partei hindeutet, besagt, der Vorstand eines deutschnationalen Landesverbandes habe die mit dem Austritt drohenden Parteikreise dadurch beruhigt, daß er die Zustimmung der deutschnationalen Minister und Parteiführer zu den Paktverhandlungen als Scheinmanöver kennzeichnete.

Zu diesem Zweck erinnerte der Landesverband an die Erklärungen in der Parteivorstandssitzung vom 27. Juni, bei der der Parteiführer Dr. Winckler, der Innenminister Schiele und der Fraktionsvorsitzende Graf Westarp die bestimmte Versicherung abgegeben hätten, „wonach ein Sicherheitspakt, in dem auf deutsches Land und deutsches Volk freiwillig Verzicht geleistet wird, mit den Stimmen deutschnationaler Minister und Abgeordneter nicht zum Abschluß kommt".

Dazu wird bemerkt, man dürfe diesen Versicherungen vertrauen und „beshalb" in den späteren Erklärungen des Fraktionsvorsitzenden Grafen Westarp im Reichstag, daß bei der deutschnationalen Fraktion der ernste Wille zur Mitarbeit am Zustandekommen des Sicherheitspakts vorhanden sei, nur „taktische Wendungen" sehen, „um zurzeit den Bruch der Koalition zu vermeiden".

Angesichts dieser Enthüllungen, die im wesentlichen unbestritten blieben, verdient auch eine Aeußerung des deutschnationalen „Lokalanzeigers" Beachtung, die besagt, daß Briands Antwortnote in eingeweihten Kreisen pessimistisch beurteilt werde. An diese Behauptung, deren Richtigkeit erst nachgeprüft werden kann, wenn die Note veröffentlicht ist, knüpft das Blatt Betrachtungen, die außenpolitisch unter allen Umständen höchst bedenklich sind. Es heißt da wörtlich:

„Wir stehen an derselben Stelle, die durch die Note Briands vom 16. Juni erreicht wurde. Die Verhandlungen sind um keinen Schritt gefördert worden, und das heißt soviel wie Hoffnungslosigkeit, daß sie überhaupt noch vom Fleck kommen. Unverkennbar ist das Streben der Franzosen und Engländer, den Schein zu wahren, der für sie wertvoller ist als jedes mögliche Abkommen. Namentlich Frankreich hatte viel von dem Vertrauen eingebüßt, das es während des Krieges in den Vereinigten Staaten genoß. Aber auch England wäre es bequemer, wenn Deutschland die Verantwortung an einem Scheitern der Paktverhandlungen auf sich nähme."

Der Hinweis auf die angeblichen Sabotage-Absichten der Gegner ist so plump, daß man fast an eine absichtliche Quertreiberei glauben möchte. Wie immer die Antwort der deutschen Regierung ausfallen mag: ihre Wirkung muß beeinträchtigt werden, wenn Blätter, die den deutschnationalen Regierungsmitgliedern nahestehen, sich in einem Sinne äußern, der ohne Schwierigkeiten als Anzeichen bösen Willens ausgelegt werden kann.

Landtagsbeginn in Preußen

Die parlamentarischen Arbeiten im preußischen Landtag nehmen nach der Sommerpause am kommenden Montag wieder ihren Anfang mit einer Tagung des Hauptausschusses, der nachmittags um 2 Uhr zusammentritt und laufend den Etat erledigen will. Der Ausschuß wird sich zunächst mit dem Etat des Kultusministeriums beschäftigen.

Frankreichs „Dawesanleihe"

Sonderbericht für die „Vossische Zeitung".

* **London**, 26. August

Es scheint jetzt festzustehen, daß ein formelles Abkommen zur Regelung der französischen Kriegsschulden an England als Ergebnis des Besuches des französischen Finanzministers nicht zu erwarten ist. Sowohl Caillaux als auch Churchill fühlen sich nicht im Besitz der Vollmachten, die dazu nötig wären und werden die gemeinsame Basis, auf die sie hinarbeiten, erst ihren Regierungen zur Genehmigung unterbreiten. Immerhin darf damit gerechnet werden, daß ein gemeinsamer Entwurf eines neuen Schuldenabkommens, wenigstens in roher Form, fertiggestellt wird, der für die zukünftigen offiziellen Verhandlungen die Grundlage abgeben kann. Dieser Entwurf dürfte aber nicht die Form endgültiger Ziffern haben, sondern vielmehr eine Reihe von Alternativen aufweisen, die es den Kabinetten gestatten, bei der Entscheidung der weiteren politischen und finanziellen Entwicklung bis zur endgültigen Regelung der Frage Rechnung zu tragen.

Die Ziffern, die jetzt in der Oeffentlichkeit genannt werden, sind deshalb überhaupt nur von relativ geringer Bedeutung. Immerhin sind sie recht instruktiv. Denn die 14 Millionen Pfund, die augenscheinlich die englische Mindestforderung darstellen, sind genau der Betrag, der vor 14 Tagen nach der Abreise Briands von den hiesigen informierten Stellen als Ergebnis seiner „vollkommen persönlichen" Besprechungen genannt sind. Was jedoch anscheinend damals von Briand und Chamberlain, die beide Politiker und nicht Finanziers sind, nicht genügend beachtet worden ist, ist die Tatsache, daß Frankreich zur Erfüllung jeder Art von Verpflichtung sowie [illegible] führung seines finanziellen Wiederaufbaues, eine Anleihe braucht. Diese Notwendigkeit ist es in erster Linie, die eine Regelung der französischen Schuld an England augenblicklich unwahrscheinlich macht, und die es ferner Amerika ermöglicht, auf die hiesigen Beratungen einen außerordentlich starken Einfluß auszuüben. Von dieser Anleihe hängt für Frankreich in seiner augenblicklichen finanziellen Situation außerordentlich viel ab.

Wie mir der französische Finanzminister Caillaux in seinem Arbeitszimmer in der französischen Botschaft, wo er, erheblich vor dem Beginn der englischen Amtsstunde, mit der Durcharbeitung der Zeitungen beschäftigt war, erklärte, ist auch in dem neuen, in den nächsten Wochen zu erwartenden französischen Budget das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe noch nicht hergestellt. Ohne daß das Budget bilanziert, kann jedoch an eine endgültige Stabilität des französischen Franken nicht gedacht werden. Frankreich befindet sich zweifellos in einer sehr schwierigen Lage. Um den Franken zu stabilisieren und eine Uebersicht über die Möglichkeit von Schuldenzahlungen zu haben, muß das Budget ausgeglichen sein. Das setzt voraus, daß in der Bevölkerung das Vertrauen in den Wert des Geldes, wenn auch unter schweren Opfern, wiederhergestellt ist. Um den Franken jedoch endgültig zu stabilisieren, sind vor allem ausländische Kredite notwendig, die aber vor der Regelung der Schuldenfrage mit Amerika nicht zu bekommen sind. Eines hängt am anderen, und es wird zweifellos der ganzen persönlichen Geschicklichkeit und Verantwortungsfreudigkeit des französischen Finanzministers bedürfen, um einen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten zu finden.

Daß Caillaux mit aller Energie an diesem Problem arbeite, haben seine hiesigen Verhandlungen bewiesen. Er hat nicht nur mit Churchill die Möglichkeit der Schuldenregelung besprochen, sondern sich gleichzeitig von zwei Seiten, das heißt vom Gouverneur Norman von der Bank von England und Mac Kenna über die Probleme einer Rückkehr zur Goldwährung unterrichten lassen. Er hat ferner mit Norman die Frage weiterer Kredite der Bank von England an die Bank von Frankreich besprochen und schließlich, als festgestellt war — wie das angesichts der englischen finanziellen Situation nicht anders zu erwarten war —, daß die von Frankreich benötigte große Anleihe am hiesigen Markt allein nicht einzubringen sein würde, den amerikanischen Botschafter zum Lunch eingeladen und damit, wie es auch schon Briand getan hat, Vorbereitungen für seine **Verhandlungen in Washington getroffen,** die aller Voraussicht nach Ende September stattfinden werden.

Daß Caillaux, wenn er in Washington zu einem endgültigen Abkommen mit den Vereinigten Staaten kommt, die notwendige Anleihe am amerikanischen Markte erhalten wird, darüber kann kein Zweifel bestehen. Das Bankhaus Morgan war schon vor Monaten zur Gewährung einer weiteren Anleihe an Frankreich bereit, und nur durch die ausdrückliche Warnung des Präsidenten Coolidge, daß an Nationen, die mit der Bezahlung ihrer Schulden im Rückstande seien, kein Kredit gewährt werden sollte, und ferner die durch diese Stellungnahme der amerikanischen Regierung in den Kreisen des Anlage suchenden Publikums hervorgerufene Zurückhaltung gegenüber fran-